

ANTRAG

auf Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm zur Förderung des Technologie- und Wissenstransfers in KMU inklusive Handwerksbetriebe

- Innovationsgutscheine -

Investitionsbank
des Landes Brandenburg
Förderbereich Wirtschaft
Postfach 90 02 61
14480 Potsdam

Antragsnummer der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Zutreffendes bitte im Antrag ankreuzen

Eingangsstempel der
Investitionsbank des Landes Brandenburg

Achtung: Nur vollständige Anträge werden entgegengenommen.

Die vollständige Beantwortung der Fragen in diesem Antragsformular sowie in den beigefügten Anlagen sind somit Voraussetzung für die Bearbeitung Ihres Antrages. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Zuwendung. Mit dem Vorhaben darf erst nach Antragstellung begonnen werden. Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich der Vertragsabschluss zu werten.

Anträge werden nur nach Erstberatung durch eine themenverwandte Technologietransferstelle und nach fachlicher Begutachtung durch die ZAB GmbH entgegengenommen.

Kleiner Innovationsgutschein (max. Zuschuss 3.000,00 EUR, Förderquote 100 %)

Großer Innovationsgutschein (max. Zuschuss 15.000,00 EUR, Förderquote 50 %)

Vorhaben (Kurztitel)

1 Antragsteller

1.1 Hauptsitz

Name, Vorname/Firma

Postanschrift (Straße/Haus-Nr./Postfach/ PLZ/Ort)

Tel./Fax (mit Vorwahl)

Ansprechpartner/in: _____

Name, Vorname (ggf. akademischer Grad)

e-mail

Tel./Fax (mit Vorwahl)

1.2 Betriebsstätte (nur ausfüllen, falls die Anschrift der Betriebsstätte nicht mit dem Hauptsitz identisch ist)

Sitz der Betriebsstätte (Straße/Haus-Nr./Postfach/PLZ Ort)

Tel./Fax (mit Vorwahl)

1.3 Branche

Art der gewerblichen Tätigkeit

Branchenschlüssel (wenn bekannt)

1.4 Bankverbindung des Antragstellers

IBAN: _____ BIC: _____

Kreditinstitut: _____

Kontoinhaber: _____

2 Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen

Anzahl	Beschäftigte		Ausbildungsplätze
	insgesamt	davon in Forschung und Entwicklung	
unmittelbar vor Beginn des Vorhabens			

laut letztem festgestellten Jahresabschluss (per: __.__.20__):

Umsatz: EUR _____ **Bilanzsumme:** EUR _____

3 Angaben zum Unternehmen/zur Person

Gesellschaftsrechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Eine Gewerbeanmeldung mit Datum vom _____

am Standort _____ liegt vor/ wird nachgereicht.

Der Antragsteller ist beim Amtsgericht _____ unter Nr. _____
im Handelsregister eingetragen.

Tag der ersten Eintragung: _____

Gegenstand des Unternehmens: _____

Grund- oder Stammkapital: _____

Geschäftsführer: _____

Prüfung der Beteiligungsverhältnisse bei kleinen und mittleren Unternehmen

Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmrechte unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist? nein ja¹

Hält das antragstellende Unternehmen Anteile von 25 % oder mehr an anderen Unternehmen? nein ja¹

Falls ja, dann ist die Tabelle unter Ziffer 3.2 unbedingt auszufüllen.

Halten Gesellschafter des antragstellenden Unternehmens Anteile von 25 % oder mehr an anderen Unternehmen? nein ja¹

Falls ja, dann ist die Tabelle unter Ziffer 3.3 unbedingt auszufüllen.

Erstellt das Unternehmen eine konsolidierte Bilanz oder ist es im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten? nein ja

3.1 **Gesellschafter** des Antragstellers (ggf. auch Komplementär GmbH):

Name, Vorname, Wohnsitz (bei Unternehmen: Firma, Sitz)	Höhe der Beteiligung in % des Gesellschafts- kapitals	Jahresumsatz in EUR*	Bilanzsumme in EUR*	Anzahl Beschäftigte*

3.2 Beteiligung des Antragstellers/des antragstellenden Unternehmens an anderen Unternehmen:

Name, Vorname, Wohnsitz (bei Unternehmen: Firma, Sitz)	Höhe der Beteiligung in % des Gesellschafts- kapitals	Jahresumsatz in EUR*	Bilanzsumme in EUR*	Anzahl Beschäftigte*

3.3 Beteiligung der **Gesellschafter** des Antragstellers an anderen Unternehmen:

Name des Gesellschafters	Unternehmen	Höhe der Beteiligung in % des Gesellschafts- kapitals	Jahresumsatz in EUR*	Bilanzsumme in EUR*	Anzahl Beschäftigte*

* bei Unternehmen

¹ Darstellung der Beteiligungen mit einem Organigramm (siehe Anlage „Beispiel Firmenorganigramm“).
w1991688 – 10.11.14
Antrag Innovationsgutschein

Liegt ein Beherrschungsvertrag vor?

nein ja, mit wem: _____

Streubesitz nein ja Wenn ja, dann bitte Erklärung unter Ziffer 11 abgeben.

4 Vorförderung(en)

Haben Sie weitere „De-minimis“-Beihilfen beantragt bzw. im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren „De-minimis“-Beihilfen erhalten?²

nein ja, dann bitte Anlage „De-minimis“-Erklärung ausgefüllt beifügen

5 Angaben zum Vorhaben

5.1 Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Achtung: max. 2 bzw. 6 Kalendermonate

Mit dem Vorhaben darf erst nach Antragstellung begonnen werden. Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich der Vertragsabschluss zu werten.

Beginn		Tag	Monat	Jahr	

Beendigung		Tag	Monat	Jahr	

5.2 Es handelt sich um eine

- neuartige Produktentwicklung
- neuartiges Dienstleistungsangebot
- Verfahrensinnovation
- Weiterentwicklung von Produkten und Verfahren
- Machbarkeitsstudie
- Messung/Laboranalyse

5.3 Wie wurde der Antragsteller auf das Programm aufmerksam?

- Technologietransferstelle ZAB GmbH
- wissenschaftliche Einrichtung IHK/HWK
- ILB Internet
- Verbände Unternehmensnetzwerk
- andere

5.4 Angaben zur Wissenschafts- bzw. Forschungseinrichtung als Leistungserbringer

Einrichtung _____

Postanschrift (Straße/Haus-Nr./Postfach/ PLZ/Ort) _____

Tel./Fax (mit Vorwahl) _____

Ansprechpartner/in: _____

Name, Vorname (ggf. akademischer Grad)

e-mail _____

Tel./Fax (mit Vorwahl) _____

² Trifft nur bei Beantragung des kleinen Innovationsgutscheines zu.
w1991688 – 10.11.14
Antrag Innovationsgutschein

6 Ausgabenplan (in EUR)

Sind Sie bei der Durchführung der Maßnahme zum Vorsteuerabzug berechtigt?

- ja Förderung nur auf Nettokosten (Angaben enthalten keine Mehrwertsteuer)
- nein Förderung auf Bruttokosten (Angaben enthalten Mehrwertsteuer)³

Ausgaben ⁴	gesamt	davon förderfähig	davon nicht förderfähig
Aufträge an Dritte			
Ausgaben (gesamt)			

7 Finanzierungsplan (in EUR)

Eigenmittel des Antragstellers	
Hausbankkredit	
sonstige Fremdmittel ⁵	
beantragter Zuschuss	
Finanzierung (gesamt)	

Hinweis: Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtausgaben entsprechen.

8 Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

- nicht vor Antragstellung bei der ILB mit der Maßnahme begonnen wurde/wird, (Hinweis: Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich jeder Abschluss eines Vertrages oder das Leisten von Projektstunden zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchung, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (z. B. Gebäudeabbruch, Planieren) nicht als Beginn der Maßnahme, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.)
- 8.1 die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,
- 8.2 für das Vorhaben keine öffentliche Förderung bei einer anderen Stelle beantragt wurde oder wird.
- bisher noch kein Kontakt zu einer Forschungseinrichtung besteht/bestand⁶
- Gesellschafter, Geschäftsführer, Mitarbeiter und ggf. Aufsichtsrats- oder Beiratsmitglieder des antragstellenden Unternehmens nicht gleichzeitig in dem/r Institut/Fachbereich/Abteilung der Wissenschaftseinrichtung, das/die mit der Leistung beauftragt wird, tätig sind⁷

³ Die Bescheinigung zur Befreiung vom Vorsteuerabzug ist als Anlage beizufügen.

⁴ Gefördert werden nur Aufträge an Dritte, hier Wissenschaftseinrichtungen

⁵ Bitte näher erläutern und durch Verträge etc. untersetzen!

⁶ Trifft nur bei Beantragung des kleinen Innovationsgutscheines zu. Nicht gefördert werden Unternehmen, die bereits ein Projekt der angewandten Forschung und Entwicklung, z. B. ein Landes-, Bundes- oder EU-Projekt, unter Beteiligung einer Wissenschaftseinrichtung als Kooperationspartner oder Unterauftragnehmer durchgeführt haben. Von der Förderung ebenfalls ausgeschlossen sind Unternehmen, deren Gesellschafter, Geschäftsführung, deren Mitarbeiter und ggf. Aufsichtsrats- oder Beiratsmitglieder aktuell oder zuvor an der Wissenschaftseinrichtung, die mit der Leistung beauftragt wird, tätig sind oder waren.

⁷ Trifft nur bei Beantragung des großen Innovationsgutscheines zu.

- 8.3 ihm bekannt ist, dass
- die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe des wirtschaftlichen und sparsamen Mitteleinsatzes erfolgt und Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben sind.
 - mit Vergabe (ANBest-P/ANBest-G) für alle im Rahmen der Durchführung der Maßnahme vergebenen Aufträge die einschlägigen Vorschriften des Vergaberechts einzuhalten sind, sofern die Zuwendung oder bei Finanzierung durch mehrere Stellen der Gesamtbetrag der Zuwendung mehr als 50.000,00 EUR beträgt oder der Antragsteller öffentlicher Auftraggeber im Sinne von § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist.
 - ohne Vergabe mit Angeboten für alle im Rahmen der Durchführung der Maßnahme zu vergebenen Aufträge ab einem Auftragswert von jeweils 500,00 EUR (ohne Umsatzsteuer) vor Auftragsvergabe 3 Bieter zu einer Angebotsabgabe aufzufordern sind.
 - Verstöße gegen das Vergaberecht eine teilweise oder vollständige Kürzung der Zuwendung zur Folge haben können.
- 8.4 unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.
- 8.5 ihm die Subventionserheblichkeit der nachfolgend bezeichneten Tatsachen, die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges (§ 264 Strafgesetzbuch) sowie seine Pflicht, der Investitionsbank des Landes Brandenburg mögliche Änderungen bzgl. subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich mitzuteilen, bekannt sind.

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 2 Subventionsgesetz sind:

- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers (Name, ausführende Stelle, Rechtsform, gesellschaftsrechtliche und vertragliche Beziehungen)
- Eigenerklärungen zu KMU, zum Transparenzrichtlinie-Gesetz, zum Anreizeffekt, zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung bei Verbundprojekten sowie zur anderweitigen Finanzierung des Vorhabens durch Dritte
- Angaben zum Zeitpunkt des Maßnahmebeginns, zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug
- Die Maßnahmebeschreibung (insbesondere Gesamtziel der Maßnahme, wissenschaftliche und technische Arbeitsziele, Verwertungsplan, innovativer Ansatz)
- Angaben, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Ausgaben- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder von sonstigen dem Förderantrag beizufügenden Unterlagen sind
- Angaben in den Berichten und Verwendungsnachweisen, welche die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen
- Tatsachen, die der Investitionsbank des Landes Brandenburg nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides/Darlehensvertrages nebst Anlagen mitzuteilen sind
- Angaben, von denen nach dem Verwaltungsrecht (insbesondere § 1 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg i. V. m. §§ 48, 49, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften (insbesondere AN-Best-P/ANBest-G/ANBest-Strukturfonds 2014 - 2020/ANBest-Kost/NBest-Bau) die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter

Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung.

Das auf www.ilb.de verfügbare "Merkblatt zu subventionserheblichen Erklärungen" wurde zur Kenntnis genommen.

- 8.6 Ich/Wir erkläre(n), dass das antragstellende Unternehmen gemäß geltender Definition der EU⁸ kein Unternehmen in Schwierigkeiten ist.
- 8.7 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass zur Prüfung des Antrages Sachverständige/ Gutachter hinzugezogen werden können.
- 8.8 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass das Land Brandenburg bei positiv erfolgter Beschlussfassung über Förderung oder Bewilligung oder Durchführung/Abschluss des Projektes über mein/unser Vorhaben bei Bedarf im Rahmen von Veröffentlichungen oder Presseerklärungen die Öffentlichkeit informiert
- ja nein.

9 Datenschutzrechtlicher Hinweis

(Die Kenntnisnahme des Datenschutzrechtlichen Hinweises ist durch zu bestätigen.)

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird die ILB ggf. personenbezogene Daten vollständig oder teilweise für den Zeitraum der Förderung sowie einen anschließenden Aufbewahrungszeitraum erheben und verarbeiten müssen.

Die Anforderung, Erhebung und Verarbeitung erfolgt im Rechtsrahmen der EU-Strukturfondsverordnungen, des Landeshaushaltsrechts bzw. der diesem Förderprogramm zu Grunde liegenden Richtlinie/Fördergrundsätze/Finanzierungsgrundsätze. Sie erfolgt im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags. Sofern erforderlich und im Rahmen der Förderung zulässig, wird die ILB öffentliche oder private Quellen (Register, Wirtschaftsauskunfteien) zur Informationsbeschaffung nutzen.

Sofern bei der Bearbeitung des Antrags bzw. dem anschließenden Bestandsmanagement zur Feststellung oder Prüfung der Eigentums- und Kontrollstruktur, der Bonität, der Mittelverwendung oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Erhebung, Verarbeitung oder Prüfung von Daten Dritter erforderlich wird, sind diese vom Antragsteller/Fördernehmer anzufordern und zu beschaffen. Für die Rechtmäßigkeit der Übermittlung von Daten Dritter an die ILB ist der Antragsteller/Fördernehmer verantwortlich.

Erhobene Daten werden ggf. an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die Deutsche Bundesbank und an Landes-, Bundes- und Europabeörden zum Zwecke der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Erfordernisse sowie zu den im Rahmen des Fördergeschäftes erforderlichen Auswertungs- und Planungszwecken sowie an externe Partner, die in die Umsetzung des jeweiligen Förderprogramms einbezogen sind, weitergeleitet. Diese Partner sind ebenfalls den datenschutzrechtlichen Vorschriften verpflichtet.

Die ILB verarbeitet personenbezogene Daten streng vertraulich, nach den Bestimmungen des Brandenburgischen Landesdatenschutzgesetzes und unter Aufsicht eines Datenschutzbeauftragten. Die jeweils aktuellen und notwendigen Maßnahmen zur Datensicherheit werden eingehalten.

Ort, Datum

Unterschrift(en) des Antragstellers/Stempel bzw. Siegel

Name(n) in Druckbuchstaben

10 Bestätigung der Abstimmung

Am _____ erfolgte durch Herrn/Frau _____

(Technologietransferstelle _____)

ein Akquisitionsgespräch mit folgendem Inhalt _____

_____.

Besondere Bemerkungen:

Ort, Datum

Unterschrift des/der Beraters/Beraterin/Stempel der Technologietransferstelle
oder der ZAB GmbH

11 Begutachtung durch die ZAB GmbH

Am _____ erfolgte durch Herrn/Frau _____

(ZAB GmbH) eine Begutachtung.

Die Antragsunterlagen wurden geprüft, sind vollständig

und ergaben keine Beanstandungen:

ja nein

Die GRW-Förderfähigkeit ist gegeben:

ja nein

Positivliste:

Nr.:

überregionaler Absatz nachgewiesen:

am:

Der Antragsteller ist gemäß Richtlinie antragsberechtigt:

ja nein

Das Vorhaben grenzt sich inhaltlich von anderen
beantragten bzw. geförderten Fördervorhaben

(wie z. B. kleiner oder großer Innovationsgutschein, FuE von KMU) ab: ja nein entfällt

Bemerkungen⁹: _____

Beim Auftragnehmer handelt es sich um eine
wissenschaftliche Einrichtung/FE im Land Brandenburg/
Berlin gemäß Anlage zum Merkblatt:

ja nein*

*Begründung: _____

Bei Beantragung des **großen** Innovationsgutscheines
handelt es sich um keine Machbarkeitsstudie:

ja nein

Bei Beantragung des **kleinen** Innovationsgutscheines
bestand seitens des Unternehmens noch kein forschungs-
und entwicklungsbezogener Kontakt zu Forschungs-
einrichtungen:

ja nein

WZ-Nummer: _____

Clusterzuordnung:

ja nein

Clusterbenennung: _____

Die Zuwendungsvoraussetzungen gemäß Richtlinie
wurden geprüft und werden erfüllt:

ja nein

Die Zuwendung ist notwendig und angemessen:

ja nein

Bei als förderfähig anerkannten Ausgaben in Höhe von _____ EUR wird ein Zuschuss in
Höhe von _____ EUR bei einem Fördersatz von _____ % zur Förderung
empfohlen.

Besondere Bemerkungen/Votum: _____

Ort, Datum

Unterschrift des/der Beraters/Beraterin/Stempel der ZAB GmbH

⁹ Bitte ggf. Abgrenzung in separater Anlage formulieren.
w1991688 – 10.11.14
Antrag Innovationsgutschein

12 Ergänzende Unterlagen (☒ = beigefügt)

- 12.1 Zur fachlichen Beurteilung¹⁰ des Vorhabens sind folgende Unterlagen einzureichen:
- Angebot der wissenschaftlichen Einrichtung
- 12.2 Kurzfassung der Vorhabensbeschreibung (max. 1 - 2 Seiten) mit folgenden Angaben:
- unmittelbares Projektziel/Aufgabenstellung
 - Lösungsansatz-Methode zur Bewerkerstellung der Aufgabenstellung
 - Begründung für die Auswahl der Wissenschaftseinrichtung
- 12.3 Zur Unternehmensdarstellung sowie zur Darstellung der gesellschafts- und eigentumsrechtlichen Verhältnisse sind einzureichen:
1. Firmenorganigramm (siehe Anlage „Beispiel Firmenorganigramm“), wenn 3.2 und/oder 3.3 zutrifft
 2. vollständiger Handelsregisterauszug in Tabellenform (Kopie)
 3. Gesellschaftsvertrag/Satzung (Kopie)
 4. Gewerbeanmeldung (Kopie)
 5. Bescheinigung zur Befreiung vom Vorsteuerabzug - sofern zutreffend -
- 12.4 Identifikation durch zuverlässige Dritte
- Dieses Formular ist
- nur einzureichen, sofern noch keine Identifizierung vorgenommen wurde oder sich seit der letzten Identifikation Änderungen bei den handelnden Vertretern ergeben haben,
 - durch die identifizierende Stelle unverzüglich und unmittelbar an die ILB zu übermitteln.

Hinweis: Die Anforderung weiterer Unterlagen behalten wir uns vor.

¹⁰ Bei auftretenden Fragen steht Ihnen die ZAB GmbH jederzeit zur Verfügung
w1991688 – 10.11.14
Antrag Innovationsgutschein

Zum Verbleib beim Antragsteller bestimmt

Erläuterungen zum Antragsformular

1 Der Antrag ist vor Beginn des Vorhabens zu stellen. Mit dem Vorhaben darf erst nach Antragstellung begonnen werden. Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich der Vertragsabschluss zu werten.

2/3 Maßgeblich ist die Situation im Zeitpunkt der Entscheidung über die Bewilligung einer Förderung, Änderungen sind daher der zuständigen Stelle unverzüglich mitzuteilen (Ziffer 11 des Antrags).

Kleine und mittlere Unternehmen sind gemäß der Empfehlung der EU-Kommission vom 6. Mai 2003 für staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen in der Fassung des Amtsblattes der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 124 vom 20. Mai 2003, S. 36 solche, die

- weniger als 250 Personen beschäftigen und
- einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. EUR haben und
- nicht zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz von einem oder von mehreren Unternehmen gemeinsam stehen, welche die Definition der KMU nicht erfüllen.

Bei der Prüfung der Einhaltung dieser Kriterien wird die Konzernbetrachtung zugrunde gelegt. Auch die Gesellschafter des Antrag stellenden Unternehmens müssen diesen Kriterien unter Anrechnung der ggf. vorliegenden weiteren Beteiligungen gerecht werden.

7 Hier sind in jedem Fall sämtliche öffentliche Finanzierungshilfen für das Vorhaben anzugeben, d. h. auch dann, wenn diese nicht auf die Förderungssätze anzurechnen sind. Abweichungen sind zu melden. Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Ausgaben gemäß Ziffer 6 entsprechen.

8.7 Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. der EU C 244/2 vom 1. Oktober 2004)

Definition Unternehmen in Schwierigkeiten:

Ein Unternehmen befindet sich im Sinne der Leitlinien dann in Schwierigkeiten, wenn es nicht in der Lage ist, mit eigenen finanziellen Mitteln oder Fremdmitteln, die ihm von seinen Eigentümern/Anteilseignern oder Gläubigern zur Verfügung gestellt werden, Verluste einzudämmen, die das Unternehmen auf kurze oder mittlere Sicht so gut wie sicher in den wirtschaftlichen Untergang treiben werden, wenn der Staat nicht eingreift. Das Vorliegen eines Unternehmens in Schwierigkeiten kann anhand der folgenden Kriterien geprüft werden:

1. Formale Definition

Gemäß dem Wortlaut der Leitlinien befindet sich ein Unternehmen unabhängig von der Größe insbesondere in folgenden Fällen in Schwierigkeiten, wenn

a) bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als die Hälfte des gezeichneten Kapitals verschwunden und mehr als ein Viertel dieses Kapitals während der letzten zwölf Monate verloren gegangen ist.

b) bei Gesellschaften, in denen mindestens einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften, mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel verschwunden und mehr als ein Viertel dieser Mittel während der letzten zwölf Monate verloren gegangen ist.

c) unabhängig von der Rechtsform der Gesellschaft die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens erfüllt sind.

Zur Beurteilung des Vorliegens der o. g. Kriterien dürften in der Regel die letzten 2 Jahresabschlüsse des Unternehmens ausreichend sein.

2. Materielle Definition

Auch wenn das Unternehmen nicht die formale Definition unter 1. erfüllt, kann es sich dennoch um ein Unternehmen in Schwierigkeiten handeln, wenn die folgenden Symptome vorliegen:

- Steigende Verluste
- Sinkende Umsätze
- Wachsende Lagerbestände
- Überkapazitäten
- verminderter Cash-flow
- zunehmende Verschuldung und Zinsbelastung
- Abnahme oder Verlust des Reinvermögenswertes

Die Beurteilung, ob ein Unternehmen in Schwierigkeiten vorliegt, ist im Rahmen einer Gesamtabwägung aller Umstände des Einzelfalls unter Berücksichtigung der letzten Jahresabschlüsse und anderer aussagefähiger Unternehmensdaten vorzunehmen.

3. Erwerb eines Unternehmens aus der Insolvenz heraus

Ein Unternehmen, das von einem Investor aus der Insolvenz heraus erworben wird, ist grundsätzlich kein Unternehmen in Schwierigkeiten, wenn die nachfolgenden Bedingungen erfüllt sind:

Die Betriebsstätte oder Teile hiervon werden zum Marktpreis erworben. Der Kauf zum Marktpreis soll sicherstellen, dass keine Beihilfen vom alten auf das neue Unternehmen übertragen werden und der neue Investor somit eine marktmäßige Kaufentscheidung trifft.

Der Investor muss einen angemessenen Eigenbeitrag erbringen, der dokumentiert, dass er von den Zukunftsaussichten des übernommenen Unternehmens überzeugt ist.

Eine Kofinanzierung der Übernahme des Unternehmens durch eine private Bank zu Marktkonditionen dokumentiert ebenfalls, dass der Erwerbsvorgang zu Marktkonditionen erfolgt.

Hinweise zum Antragsverfahren

Der Antragsteller muss den Hauptsitz oder die Betriebsstätte im Land Brandenburg unterhalten.

Für den Fall, dass im Antragsverfahren Auskünfte an andere als den Antragsteller erteilt werden sollen, ist eine schriftliche Original-Vollmacht unter Angabe der gewünschten Befugnisse vorzulegen.